

PROFIL GRÜN

09/24

DAS MAGAZIN
DER BUNDESTAGS-
FRAKTION

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

BUNDESTAGSFRAKTION



MUT *macht*

Zukunft

IM FOKUS

**Politik für
morgen**

REPORT USA

**Harris oder
Trump?**

REPORT VERKEHR

**Infrastruktur
für Menschen**

09/24

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

11011 Berlin, TEL 030/227 56789

info@gruene-bundestag.de

V. i. S. d. P.: Sibylle Kraut-Eppich

Redaktion: Holger Böhling, Gisela Hüber

Gestaltung: Stefan Kaminski und Jakina

Wesselmann; Titelmotiv: Stefan Kaminski

Druck: Dierichs Druck+Media Kassel

Papier: 90 g Revive Pure; Auflage: 139.000

Erscheint auch als Anzeige im „Magazin der

Grünen“; Redaktionsschluss: 20. Sept. 2024

profil:GRÜN erscheint mindestens zwei Mal

im Jahr.



Liebe Leser*innen,

wenn Sie diese Zeilen lesen, liegen die Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg bereits hinter uns. Wir erleben eine Zäsur: Erstmals wurde eine rechtsextreme Partei stärkste Kraft. Demokratiefeinde, Populisten und Putin-Freunde konnten stark hinzugewinnen. Darüber dürfen die demokratischen Kräfte im Land nicht zum Tagesgeschäft übergehen. Auch nicht im Bundestag.

Wir müssen Abwehrmaßnahmen ergreifen und unsere Demokratie gegen Feinde von innen wie von außen schützen. Auch deshalb haben wir den Schutz der inneren Sicherheit in den letzten Wochen ins Zentrum der Debatte gerückt. Im Kern geht es darum, die Gefahren des islamistischen Terrors zu bekämpfen, die personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden zu stärken, die Ausländerbehörden und Gerichte besser auszustatten und Vollzugsdefizite aufzulösen.

Innere Sicherheit und Schutz der Demokratie werden aber das kommende Jahr nicht allein bestimmen. Die Folgen der Klimakrise und der demografische Wandel mit dem resultierenden Fachkräftemangel gefährden die Leistungsfähigkeit unseres Landes. Uns wurde nach 16 Jahren unionsgeführter Regierungen ein riesiger Investitionsstau übergeben. Investitionen in ökologische Modernisierung, in Klimaschutz, in Mobilität und Infrastruktur, in Bildung und den Schutz unserer Demokratie sind notwendig. Wir arbeiten in unserer Regierungsbeteiligung jeden Tag und mit aller Kraft daran, den Alltag der Menschen spürbar zu verbessern. In den Städten, in den ländlichen Regionen, für Alt und Jung: Wir können auf viele Erfolge blicken. Und mit dem Zukunftstag der grünen Bundestagsfraktion haben wir ausgelotet, wohin die Reise geht: von Klimaschutz bis Zukunftsinvestitionen, von Erneuerung der Infrastruktur bis zu besserer Bildung. Unser Titelthema nimmt Sie mit, viel Spaß dabei!

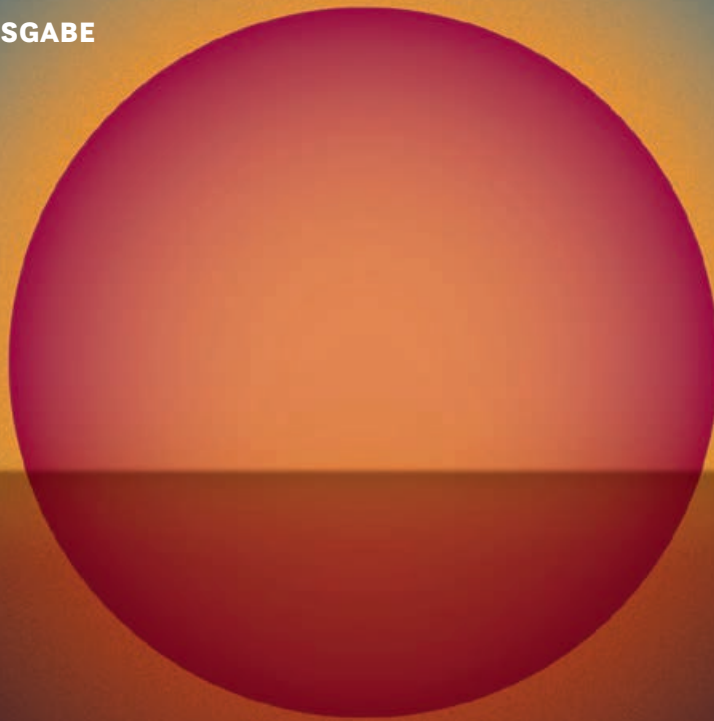
Herzlich



Britta Haßelmann
Fraktionsvorsitzende



Foto: S. Kaminski



08

IM FOKUS GRÜNE POLITIK FÜR MORGEN

Mut macht Zukunft

Die Welt von morgen braucht zentrale Weichenstellungen heute. Im Titelthema stellen wir unsere Konzepte für die Bewältigung der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit vor. Bühne frei für die Zukunft.

Von Andreas Audretsch, Julia Verlinden, Konstantin von Notz, Agnieszka Brugger, Maria Klein-Schmeink

02

IMPRESSUM

06

QUERBEET

25

MASCHINENRAUM

26

AUS DEN
FACHBEREICHEN

30

GRÜN UND
GRÜNER

14

REPORT VERKEHR

Infrastruktur für Menschen

Wichtige Reformen für den Weg in eine menschlichere Verkehrspolitik sind jetzt in Kraft getreten. Von Susanne Menge, Matthias Gastel und Swantje Michaelsen

22

IM GESPRÄCH

Richtig versumpfen

Klimaschutz und Naturschutz gehören untrennbar zusammen. Das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz ermöglicht wichtige Maßnahmen. Linda Heitmann und Jürgen Kretz stellen sie vor.



REPORT USA

18 Harris oder Trump?

Ein Blick auf die US-Wahlen und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen. Von Deborah Düring und Agnieszka Brugger

PORTRÄT

16 Mit Soul

Kultur ist für sie das Beste, was uns passieren kann. Awet Tesfaiesus ist Obfrau im Ausschuss für Kultur und Medien.



TERMINE

Stadt Land Wohnen

Hybride Konferenz

Am 12.10.2024 in Berlin

FB 2 Koordination, TEL. 030/227 59400

Fachbereich2@gruene-bundestag.de

Wie geht es unserem Wald?

Online-Fachgespräch

Am 16.10.2024 in Berlin

FB 2 Koordination, TEL. 030/227 59400

Fachbereich2@gruene-bundestag.de

Finanzierung der Transformation –

Was braucht der Mittelstand?

Hybrides Fachgespräch

Am 15.10.2024 in Berlin

FB 1 Koordination, TEL. 030/227 52220

Fachbereich1@gruene-bundestag.de

Lehren aus und für Afghanistan

Parlamentarischer Abend

Am 15.10.2024 in Berlin

FB 4 Koordination, TEL. 030/227 58943

Fachbereich4@gruene-bundestag.de

Bündnisse für die Mobilität der Zukunft

Hybride Konferenz in Berlin

Am 22.11.2024 in Berlin

FB 2 Koordination, TEL. 030/227 59400

Fachbereich2@gruene-bundestag.de

Weitere Informationen auf

www.gruene-bundestag.de/termine

sowie über unsere Newsletter.



FRAKTION UNTERWEGS

Chancen-Tour durch Deutschland

Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen haben im Sommer bei einer „Chancen-Tour“ unter dem Motto „Zukunft willkommen“ Orte in ganz Deutschland besucht. Sie sprachen mit Geflüchteten und Zuwanderer*innen, Bürgermeister*innen, Unternehmer*innen und Vertreter*innen von Zivilgesellschaft und Behörden und machten sich ein Bild von der Umsetzung des Chancen-Aufenthaltsrechts, des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes und des neuen Staatsangehörigkeitsrechts. In Weiden erfuhr Stefan Schmidt etwa, dass in der Oberpfalz schon circa 2.000 Geflüchtete vom Chancen-Aufenthalt profitieren und künftig die Möglichkeit haben, aus der Duldung in den Arbeitsmarkt zu kommen. Misbah Khan besuchte in Bad Dürkheim, wo der Fachkräftemangel wie an so vielen Orten spürbar ist, Kreisverwaltung und Landrat sowie die Papierfabrik. Filiz Polat besuchte in Emden, Jever und Vechta Jobcenter, Industrie- und Handelskammern, Ausländerbehörden und Unternehmen wie Kliniken und die Brauerei. Ihr Fazit: Zuwanderung birgt Chancen für alle – Unternehmen, Migrant*innen, Kommunen.

www.gruene-bundestag.de/migration

Kalenderblatt 9. November

Vor 35 Jahren brachten mutige Bürger*innen der DDR mit ihren massenhaften Protesten die Mauer und das SED-Regime zum Einsturz. Es war die einzige friedliche, demokratische und am Ende erfolgreiche Revolution in der deutschen Geschichte. Diese Menschen haben mit ihrem Mut, für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung auf die Straße zu gehen, unser Land verändert. Daran wollen wir im Jahr der Feierlichkeiten zu 75 Jahre Demokratie lebendig erinnern.



Foto: Andreas Schoelzel



NEU IN DER FRAKTION

How to be MdB...

Franziska Krumwiede-Steiner rückte am 4. März in den Bundestag nach. Wie es ist, schildert sie hier: „Seitdem hat sich mein Leben grundlegend verändert. Als Lehrerin in Mülheim an einer Gesamtschule und Kommunalpolitikerin war mein Alltag vorher klar strukturiert: Unterricht, Klassenarbeiten, Elternabende, Ausschusssitzungen. Heute pendle ich zwischen meiner Heimat und Berlin – zwischen Familienleben und politischem Betrieb.“

Der Übergang war abrupt. Plötzlich saß ich im Plenarsaal, redete in Ausschüssen und hielt Fachgespräche, statt im Klassenzimmer zu unterrichten. Das Tempo ist hoch, die Themen komplex, und die Verantwortung ist enorm. Aber genau das motiviert mich. Ich wollte schon immer mehr tun, als nur die Symptome anzupacken – ich möchte die Strukturen verändern.

Ich freue mich, dass ich als Mitglied im Bildungs- und Familienausschuss zu den Themen arbeiten kann, die mir besonders am Herzen liegen: faire Bildungschancen und die Unterstützung aller Familien in ihren herausfordernden Lebenslagen. Ich weiß, wie es sich anfühlt, wenn Schulen mit kaputten Toiletten auskommen und Eltern mit zu kleinem Geldbeutel kämpfen. Genau das treibt mich an: Ich will, dass sich das ändert. Das Pendeln zwischen Mülheim und Berlin ist anstrengend. Aber es erinnert mich daran, woher ich komme und warum ich diese Arbeit mache.“

www.gruene-bundestag.de/abgeordnete

NACHGEFRAGT BEI

Stefan Gelbhaar
Leiter der AG Mobilität



MOBILITÄTSKONFERENZ AM 22. NOVEMBER

Wie läuft's beim Verkehr?

Deine AG plant eine Konferenz?

Ja. Wir haben uns in der AG gefragt: Wo stehen wir verkehrspolitisch nach drei Jahren in der Regierung? Milliardeninvestitionen in die Schiene, Deutschlandticket und Modernisierung des Straßenverkehrsrechts, aber: Der Verkehr verfehlt weiterhin eklatant die Klimaziele. Darüber wollen wir diskutieren.

Was wurde denn bisher erreicht?

Mit der Reform des Straßenverkehrsrechts ist nicht mehr der flüssige Autoverkehr das Maß aller Dinge, sondern die Menschen rücken in den Fokus. 13 Millionen Menschen nutzen das 49-Euro-Ticket, das ist eine Revolution im ÖPNV. Den Sanierungsstau bei der Bahn gehen wir an. Die neue Lkw-Maut bepreist Umwelt- und Klimakosten des Straßengüterverkehrs. Aber das reicht nicht: Die Verkehrswende braucht den Turbo.

Was erwartet uns bei der Konferenz?

Wir werden mit unterschiedlichen Akteuren diskutieren: Wie machen wir die Mobilität der Zukunft ökologischer und gerechter? Eine Mobilität für alle, die sozial und barrierefrei ist, die der Gesundheit, der Umwelt und dem Klima guttut! Dafür brauchen wir neue Bündnisse. Wir blicken auch über den Tellerrand in andere Länder und freuen uns auf Sie und euch am 22. November in Berlin!

www.gruene-bundestag.de/termine

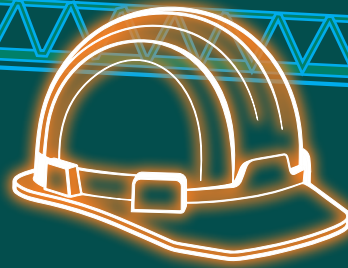


MUT *macht*

ZUKUNFT



Von **Andreas Audretsch, Julia Verlinden, Konstantin von Notz, Agnieszka Brugger, Maria Klein-Schmeink**, stv. Fraktionsvorsitzende



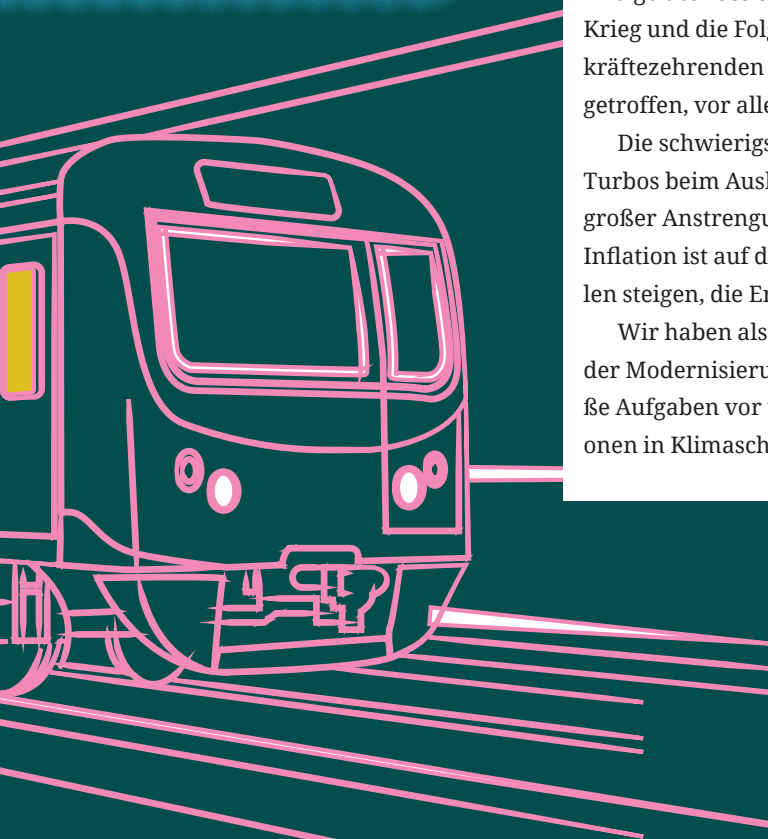
Die Welt von morgen braucht heute zentrale Weichenstellungen. Wie führen wir Europa in eine sichere, demokratische Zukunft? Wie schaffen wir die klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft und sichern auch morgen unseren Wohlstand? Wie können wir Zusammenhalt, Miteinander und Teilhabe in unserer Gesellschaft weiter stärken? Mit Fragen wie diesen hat sich der grüne Zukunftskongress am 30. September beschäftigt, und wenn diese Zeitschrift erscheint, werden wir mit den Antworten schon wieder ein Stück weiter sein.

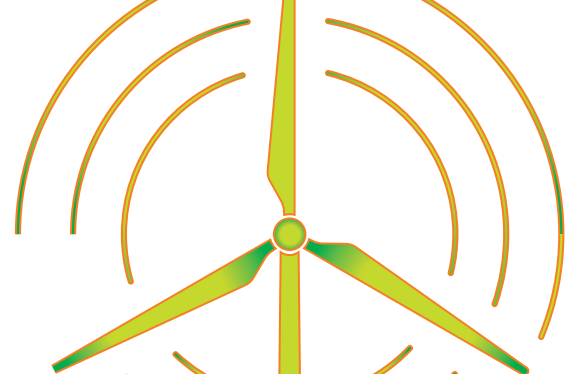
Wir Grüne im Bundestag sind vor drei Jahren angetreten, um unser Land zu modernisieren und für die großen Herausforderungen unserer Zeit zu rüsten.

Was zu Beginn der Legislaturperiode niemand vorhersehen konnte, auch wir nicht, war die Energiekrise infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine. Der Krieg und die Folgen sowie die Nachwirkungen der kräftezehrenden Corona-Pandemie haben uns alle getroffen, vor allem aber Menschen mit wenig Geld.

Die schwierigste Zeit ist überwunden – dank eines Turbos beim Ausbau der erneuerbaren Energien und großer Anstrengungen zur Versorgungssicherheit. Die Inflation ist auf dem Rückzug, die Beschäftigungszahlen steigen, die Energiepreise sinken.

Wir haben also einiges erreicht. Doch liegen mit der Modernisierung unseres Landes noch weitere große Aufgaben vor uns. Wir brauchen enorme Investitionen in Klimaschutz und die Wiederherstellung der





Natur, aber auch in neue Technologien und Infrastruktur, in Bildung und sozialen Zusammenhalt. Wir müssen aufholen, was die Vorgängerregierungen versäumt haben, um unser Land auf Zukunftskurs zu bringen. Ja, es erfordert eine gemeinsame Kraftanstrengung, aber das Ergebnis wird ein Land sein, das endlich gut funktioniert.

Unsere freiheitliche Demokratie bietet dafür die besten Voraussetzungen: Mit ihren vielfältigen Perspektiven hilft sie uns, gerade in schwierigen Situationen gute Lösungen zu finden und breite Akzeptanz herzustellen. Deshalb müssen wir sie hegen und pflegen und vor feindlichen Angriffen schützen. Denn den Weg in die Zukunft schaffen wir nur gemeinsam.

Investieren für ein Land, das funktioniert

Wir wollen ein Land, das unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Zukunft bietet – mit klimaneutraler Energie, moderner Infrastruktur und lebenswerten Städten. Dazu gehört eine zuverlässige Bahn. Dazu gehören sanierte Brücken, sichere Straßen ohne Schlaglöcher und ein flächendeckender öffentlicher Nahverkehr – auch in ländlichen Regionen. Dazu gehören Schulen auf dem neuesten Stand. Dazu gehören digitale Behörden, die den Alltag der Menschen erleichtern, durch moderne Technik und weniger Bürokratie.

Der Wohlstand unserer Gesellschaft hängt entscheidend davon ab, ob unsere Wirtschaft zukunftsfähig ist. Zweifellos steht die Industriepolitik hier vor großen Herausforderungen, denn die Konkurrenz ist stark. Die USA und China zeigen, was mit entschlossenem Handeln möglich ist. Joe Biden hat 2022 ein umfassendes Förderpaket aufgelegt, das grüne Zukunftstechnologien massiv durch Subventionen fördert. China unterstützt mit der staatlichen Initiative

„Made in China 2025“ seit Jahren erfolgreich zukünftige Schlüsselindustrien. Wenn Deutschland und Europa an der Spitze mitspielen, die Klimaziele erreichen und grünen Wohlstand sichern möchten, müssen auch wir mehr in ein nachhaltiges und wettbewerbsfähiges Europa investieren.

Um die erforderlichen Mittel bereitzustellen, wollen wir die Schuldenbremse reformieren und einen „Deutschland-Investitionsfonds für Bund, Länder und Kommunen“ aufsetzen. Damit geben wir den Verantwortlichen auf verschiedenen Entscheidungsebenen die Mittel für konkrete Verbesserungen an die Hand: den Kommunen, unsere Stadtwerke besser auszustatten und in moderne Infrastruktur zu investieren, oder der Bahn, um das marode Schienennetz zu modernisieren.

Veränderung als Chance: sozialgerechter Klimaschutz für alle

Eine der größten Zukunftsherausforderungen ist die Klimakrise. Sie erfordert umfassende Veränderungen von uns allen – in der Mobilität, beim Wohnen und Heizen, in der Energiegewinnung. Grüne Politik begreift Veränderung als Chance und packt mutig an.

Wir wissen: Auf klimafreundliche Technologien wie E-Autos oder Wärmepumpen umzusteigen ist nicht für alle so leicht möglich. Deshalb ist es unsere Aufgabe, den Wandel sozial gerecht zu gestalten und die Menschen zu unterstützen, die von steigenden fossilen Preisen besonders hart betroffen sind. Bis die Vorteile von Ökostrom in der Breite ankommen, wollen wir die Belastungen für Verbraucherinnen und Verbraucher abfedern, indem wir die staatlichen Anteile am Strompreis verringern. Außerdem wollen wir den öffentlichen Nahverkehr ausbauen und dauerhaft bezahlbar machen. Die Bundesregierung hat die finanziellen Mittel dafür bereits massiv aufge-



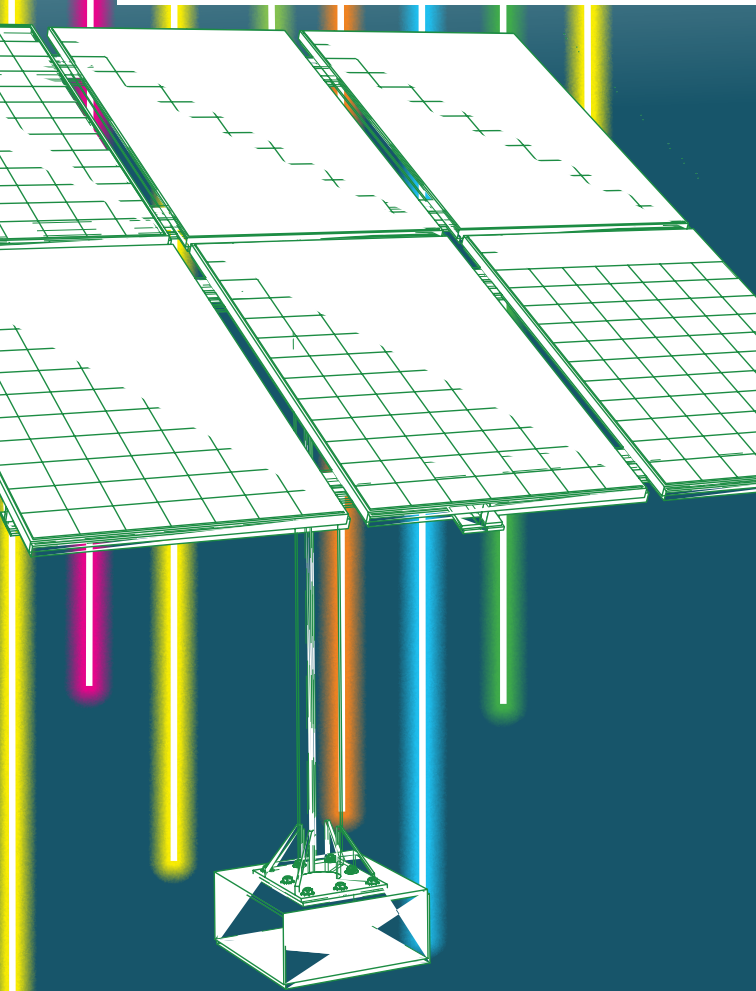
stockt und mit dem 49-Euro-Ticket eine Tür aufgestoßen. Wir wollen aber mehr: Unser Ziel ist, mit einer Preis- und Finanzierungsgarantie von Bund und Ländern sowie mehr Familienfreundlichkeit die Zahl der Deutschlandticket-Abos zu verdoppeln.

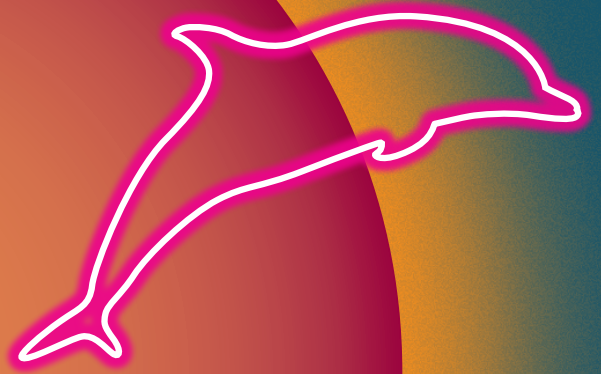
Grüne Klimapolitik bedeutet auch Schutz vor den Folgen der Klimakrise. Denn Extremwetterereignisse nehmen sichtlich zu, bedrohen uns Menschen, gefährden unser Eigentum und unsere Infrastruktur. Um den klammen Kommunen beim Schutz der Menschen durch Klimaanpassung unter die Arme zu greifen, wollen wir Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern und aus dem Abbau klimaschädlicher Subventionen finanzieren. Durch das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz können bis 2028 Tausende Projekte den Klima- und Naturschutz vor Ort mit mehr Grün- und Wassermanagement entscheidend voranbringen.

Demokratie stärken und verteidigen

Unsere Demokratie ist seit 75 Jahren der Garant für die Wahrung unserer Grundrechte. Doch unser freiheitlicher Rechtsstaat ist zunehmend bedroht – von innen wie außen. Demokratieverächter verschiedener Couleur vernetzen sich und nutzen die Möglichkeiten der digitalen Welt vor allem für Beleidigungen, Drohungen und Hetze. Diskurse werden bewusst manipuliert. Die Klick- und Verwertungslogiken sozialer Netzwerke, Plattformen und Messenger wirken bei alledem wie Brandbeschleuniger. Und AfD und BSW tragen völlig unverhohlen die Lügen der Diktatoren dieser Welt in unsere Parlamente.

Viel zu lange haben die politisch Verantwortlichen all dem weitgehend tatenlos zugesehen. Das rächt sich jetzt angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und der verschärften Bedrohungslage. Spionage und Sabotage sind heute beinahe an der Tagesordnung. Als Grüne im Bundestag stehen wir für echte Antworten, um die Resilienz und Wehrhaftigkeit unserer Gesellschaft zu stärken. Wir weisen auf Defizite hin und zeigen zugleich Maßnahmen auf, um die innere Sicherheit effektiv zu erhöhen. Einiges haben wir schon erreichen können: Mit dem neuen Stiftungsfinanzierungsgesetz versperren wir Verfassungsfeinden den Zugang zu Steuergeldern. Das neue Disziplinarrecht ermöglicht es, verfassungsfeindliche Staatsdiener*innen schneller aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Wir strecken ganz sicher nicht die Waffen vor den Demokratieverächtern dieser Welt.





Denn Mut macht Zukunft – auch und gerade in der Innen- und Sicherheitspolitik.

Hier muss zwingend mehr passieren. Das eine ist, unsere Sicherheitsbehörden gut auszustatten und mit rechtssicheren Instrumenten für ihre tägliche Arbeit zu versehen, das andere, von Hass und Hetze Betroffene sehr viel besser zu schützen. Auch die großen Plattformen müssen endlich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Die Strafverfolgung im Digitalen wollen wir effektiver machen. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz haben wir bereits mehr Schutz und Transparenz für Nutzer*innen digitaler Plattformen erreicht. Mit dem überfälligen Gesetz gegen digitale Gewalt wollen wir Instrumente wie Accountsperrn endlich gesetzlich verankern. Zudem müssen wir unsere kritischen Infrastrukturen, die Lebensadern unserer Demokratie, effektiver schützen. Dazu gehört, sowohl die IT-Sicherheit als auch die physische Sicherheit zu verbessern. Die engagierte Zivilgesellschaft wollen wir stärken. Daher kämpfen wir weiter für das Demokratiefördergesetz, das aus unserer Sicht unbedingt kommen muss.

Für eine solidarische Gesellschaft: alle in den Blick nehmen

Eine gute Zukunft für alle hängt maßgeblich von einer starken und solidarischen Gesellschaft ab. Deshalb ist es wichtig, dass wir alle in den Blick nehmen: die junge Generation, die Älteren, aber auch diejenigen, die als sogenannte Sandwich-Generation genau in der Mitte stehen.

Eine gute Bildungsinfrastruktur ist der Schlüssel zu Chancengerechtigkeit und gleichzeitig der Motor für Innovation und Fortschritt. Viel zu lange wurde hier jedoch auf Kante genäht und der Bestand kaputtgespart. Einen Kontrapunkt setzen wir hier mit unserem Startchancen-Programm. Mit 20 Milliarden Euro fördern Bund und Länder über die nächsten zehn Jahre gezielt Schulen in benachteiligten Quartieren. Darauf wollen wir mit einem Zukunftsinvestitionsprogramm für Bildungsgerechtigkeit und einem Pakt für Bildung aufbauen. Dazu gehören eine Infrastrukturoffensive gegen den Sanierungsstau an unseren Schulen und eine Fachkräfteoffensive für multiprofessionelle Teams sowie gemeinsam mit den Ländern ein Pakt für Zukunftskompetenzen, um die Lehrpläne von heute auf die Kompetenzen für morgen auszurichten.

Ein weiteres Schlüsselthema ist die Verfügbarkeit von Wohnraum. In vielen Großstädten sind bezahlbare Wohnungen knapp. Wir setzen uns dafür ein, den Mietenanstieg zu bremsen und leere Büros und Geschäfte in Wohnraum umzuwandeln. Darüber hinaus braucht Deutschland wieder einen starken gemeinnützigen Wohnungssektor.

Wir haben die junge Generation im Blick. Mit einer Reihe von Maßnahmen wollen wir ihren Alltag wieder



bezahlbar machen. Dabei setzen wir auf die Stärkung der Ausbildungsförderung und des BaföG, das wir zuletzt deutlich erhöht haben. Wir sorgen dafür, dass Mobilität für junge Menschen erschwinglich ist. Den Kulturpass, der ihnen Zugang zur Kultur über ein persönliches Budget finanziert, wollen wir fortsetzen. Den sogenannten Kinder- und Jugendplan wollen wir zeitgemäß und bedarfsgerecht ausgestalten und das Programm „Junges Wohnen“, das jungen Menschen den Zugang zu Wohneigentum erleichtert, verstetigen.

Für alle, die Kinder großziehen, sich um Familienangehörige kümmern oder ihnen nahestehende Personen pflegen, ist die bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf essenziell. Und eine gute Pflegeinfrastruktur und Gesundheitsversorgung vor Ort benötigen nicht nur Menschen, die auf Pflege angewiesen sind. Auf diese komplexe Problematik gibt es keine einfache Antwort. Das Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessert bereits die individuellen Rahmenbedingungen. Es braucht aber mehr. Deshalb setzen wir auf einen „Zukunftspakt für Vereinbarkeit“ als Chancenpakt für alle. Er umfasst acht konkrete Maßnahmen, die unabhängig voneinander umgesetzt werden können, aber erst zusammen die volle Wirkung entfalten. Dazu gehören verstärkte Investitionen in frühkindliche Bildung und Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung, ein Pakt mit der Wirtschaft für flexiblere Arbeitszeitmodelle und -regelungen sowie die Stärkung der Tagespflege und der Abbau von steuerlichen Barrieren.

Heute handeln, um morgen gut geschützt zu sein

Was immer wir tun – wir sind nicht allein auf der Welt. Wie können wir in einer unfriedlichen Welt unser Europa, unsere Sicherheit und unsere Demokratie schützen? Wie vermeiden wir es, zum Spielball anderer zu werden und schaffen es, selbst Player zu bleiben? Und all das, wenn wir nie wirklich wissen, was uns morgen eigentlich erwartet? Es gibt drei Ideen, die uns immer helfen:

Wir sind gut beraten, mehr Kraft und Zeit der sogenannten strategischen Vorausschau zu widmen, statt Trends hinterherzulaufen oder von Ereignissen überrascht zu werden. Das hilft uns, Risiken früher zu erkennen und vorbereitet zu sein, um Schäden zu verhindern oder zu begrenzen. Gleichzeitig können wir Menschen besser und früher mitnehmen.

Probleme lassen sich nicht allein mit Geld lösen, aber eine vorausschauende, kooperative und wehrhafte Politik gibt es nicht umsonst. Gerade angesichts der Bedrohungen unserer Demokratie von innen und außen müssen wir die Stärken unserer Demokratie ausbauen, Kooperationen vertiefen und Schutzmaßnahmen verstärken. Es braucht mehr Investitionen in Katastrophenschutz, Entwicklungszusammenarbeit und internationalen Klimaschutz. Und natürlich auch eine gute ausgestattete Bundeswehr, mehr Personal an den Botschaften und besseren Schutz der kritischen Infrastruktur.

www.gruene-bundestag.de/zukunftsideen



Harris oder Trump?

Zuversicht und Zusammenhalt können Hass besiegen



Foto: Altard / latif

Von **Agnieszka Brugger** und **Deborah Düring**

Kamala Harris und Tim Walz mischen mit ihrer Kandidatur den US-Präsidentschaftswahlkampf auf. Ihre fulminant gestartete Kampagne und die große Euphorie, die ihnen seitdem im ganzen Land begegnet, zeigen deutlich das große Bedürfnis nach einer überzeugenden Alternative zu Trump. Seiner Attitüde von Hass, Spaltung und Angst stellen sie die Vision von Zuversicht und Zusammenhalt entgegen. Es ist nicht einfach, in einer Zeit voller Krisen wieder politische Mehrheiten für diese Botschaft zu gewinnen. Doch es geht um viel, für die Menschen in den USA, für die Welt, für die Demokratie und auch für uns in Europa.

Die Bilanz der Biden-Harris-Regierung kann sich

sehen lassen: Die USA erlebten einen wirtschaftlichen Aufschwung, gefördert durch massive Zukunftsinvestitionen und das weltweit größte Paket für Klimaschutz. Medikamente für Senior*innen wurden bezahlbar, Studierende bekamen Studienschulden erlassen. Donald Trump hat wichtige Verträge und Verbindungen gekündigt und gekappt. Nur mühsam konnte die demokratische Administration dieses verlorene Vertrauen wieder zurückgewinnen. Und das unter widrigen Bedingungen in einer Welt zunehmender massiver Konflikte – vom russischen Angriffskrieg in der Ukraine bis zur Eskalation in Nahost.

Aber es nützt nichts, sich für Regierungserfolge zu loben, wenn sie nicht in der Lebensrealität der Menschen ankommen und sich in ihren Gefühlen widerspiegeln. Dieser Wahlkampf steht im Schatten politischer Gewalt und massiver Drohungen gegen demokratische Grundprinzipien. Da braucht es konkrete Antworten und Werte, die das große Kraftpotenzial einer demokratischen Gesellschaft heben. Es geht vor allem darum, auch die unentschlossenen Wähler*innen überzeugen. Es kommt darauf an, die Menschen abzuholen, ihnen zuzuhören und sie einzuladen, einen gemeinsamen Weg zu gehen. Mit Mut, Zuversicht und Entschlossenheit.

Europa muss bereit sein

Die Biden-Harris-Administration hat auf den russischen Angriffskrieg mit entschiedener und großer Unterstützung der Ukraine reagiert. Sie hat die Menschen in Europa angesichts dieser Aggression mit ihren brutalen Folgen nicht allein gelassen. Das monatelange Ringen um die konkreten Hilfen im US-Kongress hat mehr als deutlich gezeigt, dass diese Unterstützung nicht selbstverständlich ist. Die amerikanischen Präsidentschafts- und Kongresswahlen im November haben offenkundig bereits jetzt auch Folgen für unsere Sicherheit.

Was also erwartet Europa? Wer immer die US-Wahl gewinnt, die amerikanische Außenpolitik wird sich weiter in Richtung Indo-Pazifik orientieren. Mit einer Harris-Präsidentschaft gibt es aber die Chance auf eine neue Art der Partnerschaft. Mit mehr Verantwortung, aber auch mehr Handlungsspielraum für Europa. Sollte hingegen Donald Trump noch einmal zum Präsidenten gewählt werden, würden sich Alleingänge und Konflikte wie in seiner ersten Amtszeit noch verschärfen. Dafür sprechen seine Äußerungen und sein Umfeld. Im besten Fall wird das Verhältnis abgekühlt geschäftsmäßig, im schlimmsten Fall destruktiv bis brandgefährlich.

In jedem Fall müssen sich die EU und Deutschland vorbereiten, um in der Außen- und Sicherheitspolitik handlungsfähiger, proaktiver und souveräner zu werden. Wir können und müssen mehr Verantwortung übernehmen. Das erfordert angesichts der verschärften Sicherheitslage auf unserem Kontinent auch mehr Geld für unsere gemeinsame Sicherheit. Und zwar für alle Dimensionen von Sicherheit, nicht allein die militärische. Bislang sind die USA zugleich der mit Abstand größte Geber für die bereits jetzt chronisch unterfinanzierte humanitäre Hilfe oder die institutionelle Finanzierung der UN-Organisationen. Schon die bestehenden Finanzierungslücken werden vor allem die EU, aber auch andere wichtige Akteure auffangen müssen. Dafür brauchen wir auch starke neue Bündnisse und Partnerschaften weltweit.

Unsere Welt wird unsicherer und unvorhersehbarer. Es gilt daher, Brücken zu bauen mit der nächsten Generation von Transatlantiker*innen, aber auch mit neuen Partner*innen, um gemeinsam die globalen Probleme zu lösen und sich besser vor Bedrohungen zu schützen. Auf Basis unserer Werte, unserer Interessen und der vielen Gemeinsamkeiten, die uns mit so vielen Menschen jenseits des Atlantiks verbinden, bleibt unsere Hand entschieden und herzlich ausgestreckt für noch mehr Zusammenarbeit.

www.gruene-bundestag.de/internationale-politik



Agnieszka Brugger
stv. Fraktionsvorsitzende



Deborah Düring
Leiterin der AG Außen

Mit Soul

*Wenn Vielfalt selbstverständlich ist,
sind wir am Ziel*

Text **Gisela Hüber**, Foto: **Stefan Kaminski**

„Kultur ist das Beste, was uns passieren kann. Ich will gesellschaftliche Veränderung erreichen und Kultur wirkt schnell, sie ist am Zeitgeist.“ In Erfurt, berichtet Awet Tesfaiesus von ihrer letzten Reise nach Thüringen, suchen die Kulturschaffenden mit ihrem Theaterfestival nicht die schönste Kulisse, sondern gehen in die Plattenbausiedlung. „Da kann man wirklich sehen, Kultur erreicht die Herzen der Menschen und kann mehr bewirken als jede Rede im Bundestag.“

Die Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialzeit ist einer der Schwerpunkte der Kulturpolitikerin mit eritreischen Wurzeln. Ein Kapitel deutscher Geschichte, das in unseren Schulbüchern kaum vorkommt. „Claudia Roth hat dieses Thema als Staatsministerin aufs Tapet gehoben, das finde ich toll und dabei unterstütze ich sie nach Kräften“, sagt sie.

Sie selbst mag Hiphop und Soul und sie liebt spontane Kunst. Kunst, die irgendwo auftaucht und sie überrascht, wie zuletzt im Sommerurlaub in Frankreich. In Frankreich bewegt sie sich als Schwarze Frau mit ihrer Familie viel selbstverständlicher, weil Vielfalt dort stärker im Alltag verankert ist. Diese Normalität genießt sie. „Frankreich ist bei der Aufarbeitung seiner Kolonialgeschichte in vielen Bereichen einfach schon weiter als wir.“

Die erste Schwarze Frau im Deutschen Bundestag zu sein, finden andere bemerkenswert, sie selbst sieht es gelassen. „Für mich ist es eigentlich normal, immer die Erste und damit allein zu sein. Das war in der Schule

und an der Uni auch schon so.“ Bis heute beschäftigt sie aber die Frage: Gehöre ich wirklich dazu? Ein Wendepunkt in ihrem Leben war 2020 die Ermordung von neun Menschen im hessischen Hanau, die allein ihre Migrationsgeschichte verband. Bei vielen Deutschen sah sie Entsetzen darüber, die migrantische Community aber trauerte. „Vorher hatte ich das Empfinden: Du bist hier angekommen, hast eine Kanzlei aufgebaut, bist Arbeitgeberin, hast einen Deutschen geheiratet – maximal integriert. Nach Hanau habe ich realisiert: Selbst das reicht nicht.“ Bis dahin hatte sie als Rechtsanwältin insbesondere Geflüchtete und marginalisierte Gruppen vertreten und nebenher Kommunalpolitik in ihrer Heimatstadt Kassel gemacht. Jetzt will sie ihren Fokus ganz auf die Politik richten. 2021 gelingt ihr der Einzug in den Bundestag.

Mit Sorge beobachtet Awet Tesfaiesus das Erstarren rechtsextremer, demokratiefeindlicher Strömungen. „Natürlich kann man in der Politik auch konservative Werte vertreten, aber man muss eine klare Haltung zur Demokratie haben“, fordert sie die roten Linien ein. Sie selbst setzt auf Verständigung, einen freundlichen Umgang auch mit politisch Andersdenkenden. Den zunehmend hasserfüllten Ton in der Politik findet sie abstoßend.

War es aus heutiger Sicht eine gute Entscheidung, für den Bundestag zu kandidieren? „Es war die Richtige“, sagt sie. „Ich will meinem Kind später sagen können: Ich habe alles getan, damit jede Person frei und ohne Angst in diesem Land leben kann.“



Seit 2009

Mitglied bei Bündnis 90/
Die Grünen

Seit 2016

Stadtverordnete in Kassel

Seit 2021

Mitglied des Dt. Bundestages,
Obfrau im Ausschuss
für Kultur und Medien,
Mitglied im Rechtsaus-
schuss



Foto: picture alliance / dpa

Von Swantje Michaelsen, Susanne Menge,
Matthias Gastel

INFRASTRUKTUR

für Menschen

Bei der Neuausrichtung der Verkehrspolitik liefert die Koalition Fortschritt mit grüner Handschrift. In unseren Kommunen stehen nun die Bedürfnisse der Menschen im Vordergrund. Der Vorrang des automobilen Individualverkehrs ist gebrochen. Bei der Weiterentwicklung des Fernverkehrs steht jetzt die Bahn an erster Stelle. Hier liegt der Schwerpunkt der öffentlichen Ausgaben. Der Bestand des Fernstraßennetzes wird besser gepflegt als früher.

Verkehrsinfrastruktur beginnt vor der eigenen Haustür. Wir nutzen sie, sobald wir auf die Straße treten. Gerade in unserem Alltag sind wir auf gute Wege in unseren Gemeinden angewiesen: den sicheren Fahrradweg zur Schule oder zur Arbeit, einen barrierefreien Fußweg zum nächsten Supermarkt, die zügige Fahrt mit dem Bus in die Stadt.

Infrastruktur für den Nahbereich

Vielerorts nimmt die Verkehrswende in den Kommunen bereits Gestalt an. Jetzt bekommt sie endlich auch Rückenwind von Bundestag und Bundesrat: Im Juni hat die Ampel den Rechtsrahmen grundlegend neu justiert. Ergebnisse

sind ein neues Straßenverkehrsgesetz (StVG) und eine geänderte Straßenverkehrsordnung (StVO). Sie geben den Kommunen mehr Entscheidungsspielräume für eine attraktive und klimafreundliche Mobilität. Neben den bisherigen Zielen Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs stehen jetzt auch Klima- und Umweltschutz, Gesundheit und städtebauliche Entwicklung als neue Ziele im Gesetz. Damit beenden wir nach mehr als 100 Jahren die Ausrichtung des Straßenverkehrsrechts auf den reibungslos fließenden Autoverkehr und setzen ein wichtiges grünes Vorhaben im Verkehrsbereich in dieser Wahlperiode erfolgreich um.

In Kürze tritt auch die novellierte StVO in Kraft. Viele der bisherigen Hürden und Nachweispflichten für den Radverkehr, den ÖPNV und den Fußverkehr werden abgebaut. In dem neuen Rechtsrahmen können die Kommunen ein Quartier städtebaulich entwickeln und dafür einen Radweg anordnen. Sie können klimafreundliche Mobilität stärken und dafür dem Bus eine eigene Spur geben. Sie können durch Infrastrukturplanung einen Schulweg sicherer machen. Nicht länger muss bei solchen Planungen die Flüssigkeit des Autoverkehrs Vorrang haben. Auch bei Tempo 30 gibt es Erleichterungen. Kommunen bekommen die Möglichkeit, neue Tempo-30-Abschnitte auszuweisen und alte zu verbinden.

All diese Verbesserungen sind erst der Anfang. Mit dem neuen Straßenverkehrsgesetz ist noch viel mehr möglich. Dazu muss dann lediglich die Straßenverkehrsordnung geändert werden.

Schwerpunktwechsel: Vorrang für die Bahn

Auch für Deutschlands Schienenwege gibt es mittlerweile gute Nachrichten. Die Investitionen in das Schienennetz haben wir auf ein Rekordhoch gesteigert. Seit zwei Jahren stellt der Bund erheblich mehr Geld für die Schiene als für die Straße zur Verfügung – 2025 werden die Investitionen in die Schiene mit 18 Milliarden Euro fast doppelt so hoch sein. Vorrangig fließt das Geld dabei in die bestehende Infrastruktur.

Jetzt werden Schritt für Schritt die wichtigsten

„An Spielplätzen, hochfrequentierten Schulwegen, Zebrastreifen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen kann künftig leichter Tempo 30 angeordnet werden.“



Swantje Michaelsen
Mitglied im
Verkehrsausschuss

Bahnstrecken grundlegend saniert, um das von Ramsauer, Dobrindt und Scheuer vernachlässigte Bahnnetz fit für die Zukunft zu machen. Diese Verbesserungen werden nicht sofort für alle Fahrgäste spürbar sein, doch auf längere Sicht wird Bahnfahren wieder verlässlicher.

Wir dürfen aber auch die notwendige Erweiterung des Bahnnetzes nicht außer Acht lassen. Wegen der Schuldenbremse können wir die höheren Investitionen nur auf Umwegen stemmen. Dadurch steigt leider die Schienenmaut, die für die Nutzung der Infrastruktur fällig wird. Auf Dauer sind daher andere Wege zur Finanzierung der Schiene notwendig. Nur wenn Investitionen langfristig verlässlich auf hohem Niveau erfolgen, können Bahn und Industrie das Eisenbahnnetz effizient sanieren, Bahnstrecken elektrifizieren, Strecken ausbauen oder neu errichten. Wir wollen dabei die Investitionen auch durch die Aufnahme neuer Kredite finanzieren und die Lasten so gerecht auf die Generationen verteilen, die langfristig von einem besseren Bahnnetz profitieren. Wenn wir mehr Züge fahren lassen wollen, braucht es auch mehr Bahninfrastruktur. Die neue Finanzierung ist Vorausset-

zung dafür, dass wir das Netz schrittweise auf Basis eines klaren Fahrplans – dem Deutschlandtakt – ausbauen können.

Die Erweiterung des Schienennetzes durch Aus- und Neubau ist notwendige Voraussetzung, um mehr Personen- und Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern. Im Fernstraßennetz geht es dagegen vorrangig um Erhalt und Sanierung. Die vorhergehenden Verkehrsminister haben auch hier einen enormen Sanierungsstau hinterlassen. An erster Stelle stehen die Modernisierung und der Ersatz maroder Brücken. Ansonsten drohen weitere Sperrungen an den Hauptschlagadern. Straßenneubau können und wollen wir allein aus klimapolitischen Gründen nur noch in Ausnahmefällen in Angriff nehmen. Deswegen werden wir die Finanzmittel, vor allem aber die personellen Ressourcen bei der Autobahn GmbH, voll auf das bestehende Straßennetz fokussieren.

Darauf pochen wir bei Koalitionspartnern und Verkehrsministerium. Als nächstes muss Verkehrsminister Wissing die bereits überfälligen Ergebnisse der sogenannten Bedarfsplanüberprüfung vorlegen, damit über die künftigen Prioritäten entschieden werden kann. Für uns versteht sich von selbst, dass sie

„Die Investitionen in das Schienennetz haben wir auf ein Rekordhoch gebracht. Wir stellen seit zwei Jahren erheblich mehr Geld für die Schiene als für die Straße zur Verfügung.“



Matthias Gastel
Mitglied im
Verkehrsausschuss

„Mit der neuen StVO können die Kommunen ein Quartier städtebaulich entwickeln und dafür einen Radweg anordnen.“



Susanne Menge
Obfrau im Verkehrsausschuss

nicht auf einer Verkehrsprognose nach dem Motto „immer weiter so“ beruhen dürfen. Hier heißt es aber dranbleiben!

Grüne Hartnäckigkeit zahlt sich aus: In den letzten Jahren wurde kein nennenswerter Baubeginn im Bereich der Bundesfernstraßen genehmigt. Denn Neubau ist meist kein Fortschritt, sondern oft eher Rückschritt. Schauen wir beispielsweise nach Frankfurt oder Berlin, wo mit dem Riederwaldtunnel und der Verlängerung der A 100 Fahrzeugkolonnen durch die Stadt geführt werden, trotz eines guten Nahverkehrs. Schauen wir dagegen nach Kopenhagen, Paris oder Barcelona, dann sehen wir Metropolen, die den motorisierten Individualverkehr zunehmend erfolgreich aus ihren Innenstädten herausdrängen. Das ist die verkehrspolitische Zukunft. Wir lassen uns nicht abhängen von der progressiven Entwicklung in Europa!

www.gruene-bundestag.de/mobilitaet

Richtig versumpfen

Europa hat das weltweit erste Gesetz zur Rettung der Natur beschlossen, denn nur eine gesunde Natur kann die Folgen der Klimakrise für uns abmildern. Deutschland hat aus diesem Grund das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz aufgelegt. Wir haben mit Linda Heitmann, Leiterin der AG Umwelt und Naturschutz und dem neuen Abgeordneten Jürgen Kretz darüber gesprochen.

profil:GRÜN: *Warum muss Natur überhaupt wiederhergestellt werden? Reicht es nicht, sie zu erhalten?*

Jürgen: Nehmen wir das Beispiel Renaturierung von Flüssen: Wenn ein Fluss frei fließen kann, hat das natürlich zunächst einen Wert an sich. Zugleich ist es aber auch eine lohnende Investition in den Hochwasserschutz, wenn das Wasser mehr Platz hat, wenn es aufgesaugt werden kann und dort bleibt, wo es hingehört. Denn wir können uns nicht durch Trockenlegung oder immer höhere Deiche vor Hochwasser schützen. Wir müssen Wege finden, mit Gewässern so umzugehen, dass die Nutzung – die wir auch brauchen – stattfinden kann, aber gleichzeitig der Wasserhaushalt naturnah in einem Gleichgewicht gehalten wird.

Linda: Häufig wird auch unterschätzt, was für ein wichtiger natürlicher CO₂-Speicher eine intakte Natur ist – von den Mooren über die Auen bis zu den Seegraswiesen in den Küstenregionen. Durch ihren Schutz können wir vermeiden, dass CO₂ überhaupt erst freigesetzt wird. Und durch ihre Wiederherstellung können wir bereits freigesetztes CO₂ besser binden. Natur- und Klimaschutz bedingen einander. Deshalb ist natürlicher Klimaschutz einfach alternativlos.

Das hat auch die EU erkannt und im Juni das weltweit erste Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law, NRL) beschlossen.

Linda: Es ist ein Meilenstein, dass dieses Gesetz auf europäischer Ebene geschaffen wurde. Das NRL verpflichtet sämtliche Mitgliedstaaten verbindlich dazu, nationale Renaturierungspläne aufzustellen und umzusetzen. Dadurch wird auch grenzüberschreitend gewährleistet, dass der Wiederherstellung der Natur in allen Ländern ein hoher Stellenwert zukommt. Den Oderlauf auf deutscher Seite zu renaturieren, um sich vor Hochwasser zu schützen, wäre ja zum Beispiel wenig sinnvoll, wenn das nicht in Polen genauso angegangen würde. Uns als Umweltpolitiker*innen gibt das NRL Rückenwind. Wir können jetzt immer sagen: Es muss Flächen für die Natur und deren Schutz geben – und zwar schnell!



Linda Heitmann

Leiterin der AG Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Jürgen Kretz

Obmann im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Jürgen: Das NRL besagt unter anderem, dass 20 Prozent der Wasser- und Landflächen in der EU bis 2030 wiederhergestellt werden müssen. Es ist wichtig, solch ambitionierte Ziele auf allerhöchster Ebene zu haben. Nur so fühlen sich alle der gemeinsamen Sache verpflichtet. Mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) sind wir in der Bundesregierung bereits in Vorleistung gegangen. Wir stellen 3,5 Milliarden für die Wiederherstellung der Natur in Deutschland zur Verfügung. So ein politischer Mehr-Ebenen-Ansatz, wie ihn Bundesumweltministerin Steffi Lemke verfolgt, ist dringend nötig. Es geht darum, die Dinge vernetzt zu sehen und Wege zu finden, die alle Beteiligten mitnehmen.

Wie sieht das konkret aus?

Jürgen: Nehmen wir die Moore: Viele Menschen wissen gar nicht, was für effektive Klimaschützer die sind. Moore belegen nur drei Prozent der Landfläche weltweit, binden aber etwa 30 Prozent des CO₂, das in Böden gespeichert wird.

Linda: Es gibt bei uns in Hamburg südlich der Elbe große Moorflächen, die in der Vergangenheit trockengelegt wurden und die wir gerne wiedervernässen möchten. Doch dazwischen sind immer Teilflächen, die sich in Privatbesitz befinden. So ein Flickenteppich ist ein Problem, weil wir dadurch keine große zusammenhängende Fläche renaturieren können. Deshalb wollen wir Gesetze schaffen, die es der öffentlichen Hand erlauben, solche privaten Flächen bevorzugt aufzukaufen. Oder wir bieten den Eigentümer*innen an, sie gegen andere Flächen am Rand der Gebiete zu tauschen.

Jürgen: Wichtig ist, dass wir pragmatische Lösungen finden, die alle Interessen einbeziehen. Wir werden die Wiederherstellung der Natur nur schaffen, wenn wir die Menschen an unserer Seite haben. Im Rahmen des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz fördern wir jetzt zum Beispiel die Entwicklung leichter landwirtschaftlicher Geräte, die den Boden weniger belasten. Die werden speziell in wiederver-

nächsten Mooren benötigt, wo etwa Materialien für Reetdächer angebaut werden können. Wir suchen da also einen Mittelweg. Wir wollen nicht verschiedene Interessen gegeneinander ausspielen – hier die Landwirtschaft und da der Naturschutz –, sondern schonende Nutzung von Mooren, sogenannte Paludikulturen, ermöglichen.

Wie ist das Aktionsprogramm angelaufen?

Linda: Immer, wenn das Bundesumweltministerium bislang ANK-Förderrichtlinien veröffentlichte, waren diese überzeichnet. Das heißt, es gab jeweils mehr Bewerbungen, als Geld zur Verfügung stand.

Jürgen: Und das, obwohl da auch Eigenanteile zu zahlen sind. Das zeigt einfach, wie groß der Bedarf ist. Für Kommunen können gerade noch Projekte gefördert werden, um Wälder naturnah zu bewirtschaften. Oder solche, die Hitzeschutz in der Stadt angehen und durch Versickerungsflächen und Entsiegelung sogenannte Schwammstädte schaffen. Diese Städte sind angepasster an die Herausforderungen der Klimakrise. **Bei der Klimaanpassung spielt natürlicher Klimaschutz ebenfalls eine entscheidende Rolle?**

Jürgen: Ja, wir müssen einen sinnvollen Umgang mit begrenzten Ressourcen finden und uns darauf vorbereiten, dass Extremwetterereignisse zunehmen. Wir haben dafür verschiedene Strategien und Gesetze erlassen oder noch in Planung, wie die Nationale Wasserstrategie, die Kreislaufwirtschaftsstrategie ...

Linda: ... die Moorschutz-, die Meeresschutzstrategie. Zentral ist zudem das Klimaanpassungsgesetz, das am 1. Juli in Kraft getreten ist. Denn es macht Naturschutz und Renaturierung auch für die Länder und Kommunen verbindlich. Niemand kann jetzt mehr sagen, dass er mehr Flächen für Gewerbe oder Landwirtschaft ausweisen kann, weil die Nachbargemeinde mehr Naturschutz macht. Alle müssen Pläne entwickeln und Vorsorge gegen die Folgen der Klimakrise treffen. Flutkatastrophen, Hitze oder Dürren können eben nicht allein durch technische Lösungen kontrolliert oder verhindert werden. Wir brauchen eine gesunde Natur, um sie abzuschwächen oder gar nicht erst entstehen zu lassen.

Wir danken euch für das Gespräch.

www.gruene-bundestag.de/naturschutz

Foto: St. Kaminski



ATLANTIC CROSSING

*Hier stellen wir regelmäßig Gremien im Bundestag vor, die nicht allgemein bekannt sind. In dieser Ausgabe die Parlamentariergruppe USA. Seit 1951 gibt es im Bundestag die internationalen Parlamentariergruppen. 47 interfraktionelle Gruppen sind es aktuell. Deren Aufgabe und Ziel ist es, kontinuierlich persönlichen Kontakt mit den Abgeordnetenkolleg*innen der jeweiligen Partnerländer und -regionen aufzubauen. Die Parlamentariergruppe USA ist mit 100 Mitgliedern die größte. Seit Januar leitet sie unser Finanz- und Haushaltspolitiker Sebastian Schäfer.*

Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms des Deutschen Bundestages hatte ich die Möglichkeit, mein 11. Schuljahr an einer High School in Minnesota zu verbringen. Drei Semester meines Studiums habe ich am Beloit College in Wisconsin und an der University of California in Berkeley verbracht. Spätestens dieser intensive Kontakt mit dem Land und den Leuten vor Ort hat mich zu einem überzeugten Transatlantiker gemacht. Das Land und seine Menschen liegen mir am Herzen. Ich freue mich daher sehr, dass meine Fraktion mich im Januar in der Nachfolge von Jürgen Trittin für den fraktionsübergreifenden Vorstand der PG USA benannt hat. In der Parlamentariergruppe verfolgen wir die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in den USA sehr eng. Dabei unterstützt uns unser Sekretariat im Bundestag, das Anfragen entgegennimmt, unsere Zusammenkünfte und Reisen organisiert. Wir sind vielfältig im Gespräch – mit Wissenschaftler*innen, Thinktanks, Vertreter*innen der beiden Regierungen – tauschen Einschätzungen und Erfahrungen aus, öffnen Türen für die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, erklären deutsche Belange und tragen umgekehrt die Sichtweise des Partnerlandes in den Deutschen Bundestag. So vertiefen wir das Verständnis füreinander, was in diesen Zeiten enorm wichtig ist. Aber natürlich sind wir vor allem mit unseren Kolleginnen und Kollegen im Repräsentantenhaus und Kongress im Kontakt. Pro Legislatur haben wir uns auf zwei gegenseitige Besuche verständigt.

Im Frühjahr hatten wir die Ehre, uns im Bundestag mit der ehemaligen US-Botschafterin Amy Gutmann zu treffen. Im Juli konnten wir unser Pendant im Kongress, die Congressional Study Group on Germany, in Berlin empfangen. Mit fünf Kolleg*innen von Demokraten und Republikanern haben wir intensiv über die aktuelle Lage im Vorfeld der US-Wahlen im November diskutiert. Die heiße Phase des Wahlkampfes, bis zur Wahl am 5. November, werden wir in der Parlamentariergruppe aufmerksam begleiten und im Frühjahr 2025 vor Ort in Washington D. C. auswerten.

Sebastian Schäfer, Mitglied im Finanz- und im Haushaltsausschuss, ist seit Januar Vorsitzender der Parlamentariergruppe USA.

1 Fachbereich WIRTSCHAFT & SOZIALES



Foto: picture alliance / dpa

Postgesetz: nachhaltig und fair

In diesem Sommer haben wir die Post- und Paketzustellung zukunftsfähig aufgestellt, nachhaltig und gerecht. Obwohl die Menschen mehr E-Mails und weniger Papierbriefe verschicken, muss die Post wirtschaftlich arbeiten können. Uns war wichtig, dass die Post weiterhin jedes Bergdorf im Allgäu und jede Hallig in der Nordsee sechs Tage die Woche beliefern wird. Das haben wir geschafft: Mit 12.000 Universaldienstfilialen bleibt die flächendeckende Versorgung sichergestellt. In Abstimmung mit den Kommunen und der Bundesnetzagentur können ab 2025 auch automatisierte Poststationen aufgestellt werden, wo klassische Filialen nicht möglich sind.

Für die zuverlässige Zustellung mussten wir die Laufzeitvorgaben für Briefe ändern. Das heißt konkret: Briefe kommen jetzt womöglich zwar etwas später an, dafür aber garantiert im angegebenen Zeitraum: zu 95 Prozent am dritten Werktag nach Einwurf, aber am vierten Werktag sind sie mit 99-prozentiger Sicherheit im Briefkasten.

Sehr guter Nebeneffekt aufgrund der längeren Laufzeitvorgaben: nächtliche Postflüge sind passé. Damit spart die Deutsche Post mehr als 80 Prozent der beim Transport entstandenen CO₂-Menge. In Zukunft erfassen wir außerdem die Emissionen des Postsektors über die Bundesnetzagentur und helfen Unternehmen über ein Nachhaltigkeits-Label, sich einen Wettbewerbsvorteil zu sichern.

Wir haben dem Arbeitsrecht im Postsektor Zähne verliehen: mit strengeren Kontrollen und höheren Bußgeldern bekämpfen wir Schwarzarbeit und prekäre Arbeitsbedingungen. Nur wer sich bei der Bundesnetzagentur lizenziert, darf Pakete ausfahren. Diese prüft auf mögliche Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung oder widrige Arbeitsbedingungen.

Außerdem führen wir eine strenge Arbeitszeitkontrolle ein: Viele kennen es – das Handy teilt mit, wann das Paket geliefert wurde. Diese Daten müssen jetzt auch Auftraggeber von Subunternehmen mit der Arbeitszeiterfassung abgleichen. Wenn Auftraggeber nicht ordentlich für Arbeitsschutz sorgen, drohen ihnen heftige Bußgelder. Und: Wer täglich schwere Pakete schleppt, macht sich den Rücken kaputt. Darum schreiben wir vor, dass Pakete über 20 Kilogramm in der Regel nur von zwei Personen getragen werden dürfen.

Diese Reform des Postgesetzes, die erste nach 27 Jahren, macht die Post fit für das 21. Jahrhundert.

www.gruene-bundestag.de/wirtschaft

Bürgerrat Ernährung im Bundestag

Wir haben im Ausschuss die Empfehlungen des Bürgerrats zur Ernährung auf die Tagesordnung gesetzt: Vor der Sommerpause diskutierten wir bei einem öffentlichen Fachgespräch des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft, wie kostenfreies Mittagessen in Schulen und Kitas realisiert werden kann. Am 10. September erörterte der Ausschuss mit Expert*innen eine „Altersgrenze für Energydrinks“. Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung im Einzelhandel waren am 23. September Thema. Auch der parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung lässt sich über die Empfehlung zu gesundem Essen in Krankenhaus und Pflege von Expert*innen beraten. Demokratische Bürgerbeteiligung wirkt und das unterstützen wir. Mehr zu unseren Positionen zu allen neun Empfehlungen des Bürgerrats auf unserer Homepage:

www.gruene-bundestag.de/ernaehrung

Integrierte Stadtentwicklung

Endlich ist der Entwurf für die große Novelle des Baugesetzbuches mit Verbesserungen im Sinne einer gerechten und grünen Stadt da. Viele Städte und Dörfer ächzten diesen Sommer unter der Dürre oder wurden von Starkregen überschwemmt. Und die Suche nach bezahlbaren Wohnungen wird immer schwieriger. Diese Novelle soll den sozialen Wohnungsbau voranbringen, den Wohnungsneubau im Innenbereich erleichtern und Baugebote stärken. Der Entwurf zielt darauf, die klimagerechte Stadtentwicklung im Sinne der Schwammstadt zu erleichtern und damit die Lebensqualität vieler Menschen zu verbessern. In der parlamentarischen Beratung werden wir im Sinne des bezahlbaren Wohnraums für die Wiedereinführung des kommunalen Vorkaufsrechts kämpfen. Unsere Kritik am sogenannten Bauturbo wie ihn § 246e vorsieht, der ganze Großwohnsiedlungen ohne Bebauungsplan auf der grünen Wiese ermöglichen soll, werden wir in den parlamentarischen Verhandlungen einbringen.

www.gruene-bundestag.de/bauen-wohnen

Klimaschutz und Wasserschutz Hand in Hand

Verheerende Hochwasser im westlichen Mitteleuropa und in West- und Zentralafrika, gleichzeitig riesige Waldbrände in Südeuropa und Südafrika. Die Klimakrise bringt uns immer stärker an den Rand der Belastungsfähigkeit. Leben und Wohlstand von immer mehr Menschen werden konkret bedroht. Da hilft nur eine konsistente Klimapolitik, die Vorsorge und umfassenden Wasserschutz einschließt. Was passieren muss, um uns einerseits gesundes Wasser zu erhalten und uns andererseits vor zu viel Wasser hier und zu wenig Wasser dort zu schützen, haben wir in unserem Fraktionsvorstandsbeschluss „Genügend gesundes Wasser – heute und morgen“ aufgezeigt.

www.gruene-bundestag.de/beschluesse

Bundestag verkleinert

Der Bundestag wird künftig und dauerhaft eine Größe von 630 Abgeordneten haben und arbeitsfähig sein. Bundestagsgrößen wie mit aktuell 733 Abgeordneten gehören der Vergangenheit an. Das Bundesverfassungsgericht hat unsere Wahlrechtsreform in ihren Grundfesten vollumfänglich bestätigt. Die Verkleinerung des Bundestages führt zu einer erheblichen Kostenersparnis für die Steuerzahler*innen. Wir haben nunmehr ein faires und einfacheres Wahlrecht geschaffen, indem wir das schon bisher geltende Verhältniswahlrecht konsequenter ausgestalten. In welcher Stärke die in den Bundestag einziehenden Parteien dort vertreten sind, bestimmt sich künftig einzig und allein nach den für die Parteien abgegebenen Stimmen (Zweitstimmen).

www.gruene-bundestag.de/demokratie

Petitionsrecht gestärkt

Viele Bürger*innen wollen sich aktiv in den politischen Prozess einbringen. Eine Petition an den Bundestag ist dafür ein guter Weg. Wir haben nun die Sichtbarkeit und Wirksamkeit von Bürger*innenanliegen gestärkt. Das betrifft vor allem die „Öffentlichen Petitionen“: Schon ab 30.000 statt bisher 50.000 Mitzeichnungen wird eine Petition neuerdings in einer öffentlichen Ausschusssitzung beraten. Die Frist für das Sammeln der Unterschriften wird von vier auf sechs Wochen verlängert. Auch das Petitionsverfahren insgesamt wird optimiert. Petitionen, die an andere Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen wurden, sollen jetzt schneller von dort an den Petitionsausschuss zur Entscheidung zurückkommen.

www.gruene-bundestag.de/demokratie

Namensrecht modernisiert

Wir haben das Namensrecht modernisiert und mehr Wahlmöglichkeiten für Familien geschaffen. Wichtigste Neuerung: Die Namen beider Ehepartner*innen können nun gleichberechtigt in einem Doppelnamen aufgehen. Bereits verheiratete Ehepaare können einen gemeinsamen Doppelnamen bestimmen und auch ihre Kinder können ihn erhalten. Für Kinder in nichtehelichen Lebensgemeinschaften gibt es nun ebenfalls die Möglichkeit eines Doppelnamens aus den Familiennamen der Eltern. Verbesserungen haben wir auch für Angehörige der sorbischen, friesischen und dänischen Minderheiten erreicht: So können zum Beispiel Frauen aus der nationalen Minderheit der Sorben die weibliche Abwandlung ihres Namens im Personenstandsregister eintragen lassen.

www.gruene-bundestag.de/rechtspolitik



Indo-Pazifik

Der Indo-Pazifik ist eine zentrale Zukunftsregion. Über 60 Prozent der Weltbevölkerung leben dort und sie erwirtschaften fast 60 Prozent des globalen Bruttoinlandsproduktes. Trotz der geografischen Distanz stehen die Gesellschaften des Indo-Pazifiks und Deutschland wie Europa vor gemeinsamen Herausforderungen. Deshalb haben wir Grüne im Bundestag gemeinsam mit SPD und FDP den Antrag „Vertiefte Zusammenarbeit mit den Partnern des Indo-Pazifiks zur Lösung globaler Herausforderungen“ vorgelegt, der am 4. Juli vom Deutschen Bundestag angenommen wurde.

Zentrale Kooperationsfelder sind Klimaschutz, Handel und Sicherheit. Es gilt, Mitstreiter für den Ausstieg aus fossilen Energien, den entschlossenen Ausbau erneuerbarer Energien und eine Steigerung der Energieeffizienz zu gewinnen. In den Handelsabkommen wollen wir effektive und durchsetzbare Nachhaltigkeitsstandards verankern und außerdem kritische Abhängigkeiten reduzieren.

Die Sicherheit Europas ist mit der Sicherheit im Indo-Pazifik verwoben. Insgesamt setzt Deutschland sich für Dialog und friedliche Streitbeilegung auf der Basis des Völkerrechts ein und stärkt die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den Partnern. Und ist es wichtig, die China-Strategie der Bundesregierung weiter umzusetzen.

Für mehr Zusammenarbeit mit dem Indo-Pazifik braucht es mehr Koordinierung in Europa. Deutschland unterstützt die Umsetzung der Indo-Pazifik-Strategie der EU und beteiligt sich aktiv an Initiativen wie Gateway, einer Strategie der Europäischen Union zur Investition in hochwertige nachhaltige Infrastrukturprojekte weltweit. Mit dem gemeinsamen Antrag senden wir das Signal an die Partner im Indo-Pazifik: Unsere Hand ist ausgestreckt.

www.gruene-bundestag.de/internationale-politik

5

Fachbereich ZUSAMMENLEBEN, WISSEN, GESUNDHEIT

Schwangerschaftsabbruch legal

Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode die Regelung zum Schwangerschaftsabbruch reformieren. Im April hat die Kommission aus Expert*innen verschiedenster Disziplinen einen umfangreichen Abschlussbericht und klare Empfehlungen zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs vorgelegt. Mit unserem Fraktionsbeschluss folgen wir den wichtigsten Empfehlungen der Kommission. Schwangerschaftsabbrüche auf Wunsch der Schwangeren sollen bis zur 12. Woche rechtmäßig und straffrei sein. Statt einer Beratungspflicht wollen wir ein Recht auf Beratung etablieren. Wir setzen uns für kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln und Kostenübernahme von Abbrüchen durch die Krankenkassen ein.

www.gruene-bundestag.de/frauen



Medizinforschung erleichtert

Eine gute Gesundheitsversorgung ist ohne einen starken Pharmastandort und eine erfolgreiche medizinische Forschung in Deutschland nicht denkbar. Deswegen verbessern wir mit dem Medizinforschungsgesetz die Bedingungen für pharmazeutische Studien an Menschen: mit schnelleren Genehmigungsverfahren beim Strahlenschutz, Verbesserungen bei den für die Studien zuständigen Ethikkommissionen sowie einem abgestimmten Vorgehen der Behörden bei der Genehmigung der Studien. Darüber hinaus werden Anreize für Unternehmen geschaffen, klinische Studien in Deutschland durchzuführen und Forschungsabteilungen hierher zu verlagern. In den Verhandlungen zu einem vertraulichen Erstattungsbetrag für neue Medikamente haben wir erreicht, dass die Regelung zeitlich begrenzt wird und finanzielle Risiken für die gesetzliche Krankenversicherung ausgeschlossen werden.

www.gruene-bundestag.de/gesundheit

Aufarbeitung von NS-Verbrechen

Schätzungsweise 300.000 Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen wurden im Nationalsozialismus ermordet. 400.000 Menschen wurden zwangssterilisiert. Inzwischen ist die Geschichte dieser NS-Verbrechen gut aufgearbeitet. Aber zur Nachgeschichte und über das Leben zwangssterilisierter Menschen ist das Wissen nach wie vor lückenhaft. Mit einem interfraktionellen Antrag beauftragt der Deutsche Bundestag die Bundesregierung, diese Lücke zu schließen. Hierfür sollen Patientenakten und weitere Quellen aus staatlichen, privaten und kirchlichen Einrichtungen gesichert und erschlossen werden. Der Antrag betont, dass die Opfer der NS-„Euthanasie“ und die Opfer von Zwangssterilisation als Verfolgte des NS-Regimes anzuerkennen sind. Die Gedenkstätten an den Orten der ehemaligen „T4“-Tötungsanstalten sollen auch in Zukunft dauerhaft unterstützt werden.

www.gruene-bundestag.de/kultur



Fotos: St. Kaminski, A. Schamoni

ARBEITS- UND FACHKRÄFTEKONGRESS

Land der Chancen

650 Teilnehmer*innen tauschten sich beim Arbeitsmarkt- und Fachkräftekongress am 18. Juni über Lösungen für den Fachkräftemangel aus. Hochkarätige Gäste und Beiträge unterstrichen die Bedeutung einer inklusiven und zukunftsorientierten Fachkräftepolitik. Fraktionsvorsitzende Katharina Dröge und Außenministerin Annalena Baerbock betonten die Bedeutung von Einwanderung, Frauenerwerbstätigkeit und Weiterbildung. Prof. Dr. Ulrike Malmendier erläuterte, dass es 400.000 zugewanderte Fachkräfte pro Jahr braucht, um das Arbeitskräfteangebot konstant zu halten. In Panels und Ideenlaboren erörterten Abgeordnete und Gäste die Förderung einer entsprechenden Willkommenskultur, diskutierten das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz, Chancenaufenthaltsrecht und Staatsangehörigkeitsrecht. Auch Wirtschaftsminister Robert Habeck und die Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann betonten die Notwendigkeit qualifizierter Zuwanderung und einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Mit gemeinsamem Handeln und entsprechenden Reformen, so das gemeinsame Fazit, werden wir den Fachkräftemangel in den Griff bekommen. Einen ausführlichen Bericht mit Aufzeichnung gibt es hier:

www.gruene-bundestag.de/landderchancen


**PARLAMENTARISCHER
Regenbogenabend**

Der 17. Parlamentarische Regenbogenabend am 5. Juli versammelte rund 700 Menschen im Bundestag. Mit dabei waren die Fraktionsvorsitzende Katharina Dröge, die Abgeordneten Tessa Ganserer und Nyke Slawik sowie der erste Queerbeauftragte der Bundesregierung, Sven Lehmann. Auf dem von der Publizistin Nora Eckert moderierten Panel sprachen unsere Abgeordneten Nyke Slawik und Tessa Ganserer mit der polnischen Historikerin Joanna Ostrowska über die Erfolge und die Vorreiterrolle der Frauen- und LSBTIQ-Bewegung Polens.

Fraktionsvorsitzende Katharina Dröge dankte den Anwesenden für ihren Einsatz für die Rechte queerer Menschen. Nach Meilensteinen wie der Ehe für alle und dem Selbstbestimmungsgesetz stehen weitere Schritte an, zuvorderst die Reform des Abstammungsrechts und die Gleichstellung von Regenbogenfamilien.

Der erste Queerbeauftragte der Bundesregierung, Sven Lehmann, nannte die Erfolge der Koalition. Dazu gehören vor allem der ressortübergreifende Aktionsplan „Queer leben“ für die Akzeptanz und den Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, weiter die Maßnahmen gegen Hasskriminalität und die Abschaffung des Blutspendeverbots und natürlich das Selbstbestimmungsgesetz. Er kündigte weitere gesetzliche Initiativen an, die die Situation von queeren Menschen verbessern, unter anderem ein modernes Familienrecht.

Den ausführlichen Bericht gibt es hier:

www.gruene-bundestag.de/rba24



Fotos: A. Schamoni und St. Kaminski

TAG DER

Ein- und Ausblicke 2024

Das Paul-Löbe-Haus brummte an diesem hochsommerlichen 7. September. Die Feierlichkeiten zu „75 Jahre Demokratie lebendig“ nahmen ihren Abschluss und zigtausende Menschen füllten die miteinander verbundenen Häuser des Bundestages. Viele besuchten das grüne Bundesbüdchen der Fraktion, um mit ihren Abgeordneten zu sprechen.

Das Geburtstagsmotto des Bundestages war unserer grünen Fraktion wie auf den Leib geschneidert: Seit 41 Jahren setzen wir uns im Bundestag dafür ein, unsere Demokratie lebendiger, vielfältiger, freier, gerechter, solidarischer und achtsamer im Umgang mit den planetaren Ressourcen zu gestalten.

Der Leitspruch am grünen Bundesbüdchen, „Vielfalt leben, mehr Miteinander, mehr Wir“, wurde am Tag selbst Realität. Hunderte Menschen kamen vorbei. Sie teilten ihre Fragen und Anliegen, beteiligten sich an den Dialogangeboten wie dem Demokratie-Quiz und holten sich Eis und heiße Würstchen sowie das Extra-Blatt. Hier der ausführliche Bericht mit Bildergalerie:

www.gruene-bundestag.de/tea24



PUBLIKATIONEN

Flyer

- 20 | 23 Kein Leben ohne Wasser
- 20 | 37 Gemeinsame Sache machen
- 20 | 38 Demokratie leben und schützen
- 20 | 39 Verbraucherschutz

Leporello

- 20 | 35 Hallo Fortschritt
- 20 | 40 Shifting Finance

Zeitschrift

Extra-Blatt:

Vielfalt leben, mehr Miteinander, mehr Wir.

Mehr unter:

www.gruene-bundestag.de/publikationen

Bestellungen an:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, Versand,
11011 Berlin, oder: versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der Bundestagsfraktion.
Sie erscheint mindestens zwei Mal im Jahr und kann unter
oben stehender Adresse bestellt werden.

ONLINE

Tagesaktuell, Fraktionsbeschlüsse,
Initiativen, Bundestagsreden, Videos
und Newsletter auf:

www.gruene-bundestag.de

VIDEO

So verteidigen wir Europas Freiheit:
Bundesaußenministerin Annalena Baer-
bock erklärt, wie es um Europas Sicherheit
bestellt ist und bezieht Stellung zur Lage in
Nahost.

www.gruene-bundestag.de/videos

SOCIAL MEDIA

www.twitter.com/GrueneBundestag
www.instagram.com/gruenebundestag
www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag
www.threads.net/@gruenebundestag
www.tiktok.com/@gruenebundestag
www.youtube.com/c/gruenebundestag
www.gruene.social/@GrueneBundestag
www.bsky.app/profile/gruene-bundestag.de
[www.linkedin.com/company/fraktion-b-nd-
nis-90-die-gr-nen-im-deutschen-bundestag](https://www.linkedin.com/company/fraktion-b-nd-nis-90-die-gr-nen-im-deutschen-bundestag)

Uns geht's ums Ganze